

# Tätigkeitsbericht 2017 der Amadeu Antonio Stiftung

Stand Januar 2018

## ZUSAMMENFASSUNG

### Projektförderung

Dank der Unterstützung von Spender\_innen konnte die Amadeu Antonio Stiftung 2017 insgesamt 91 Projekte fördern. In 23 Fällen wurden dabei Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie Selbsthilfeorganisationen und Beratungsstellen durch den Opferfonds CURA unterstützt.

### Die Stiftung als Forschungs- und Bildungsträger

Gleich mehrere Forschungsaufträge wurden im laufenden Jahr in verschiedenen Arbeitsbereichen ausgeführt: Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena erarbeitet derzeit das Gutachten „Neue Herausforderungen für die demokratische Kultur im ländlichen Raum Ostdeutschlands“, welches über die Beauftragte des Bundes für die ostdeutschen Länder finanziert wird. Daneben erhielt das IDZ den Auftrag der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld für eine „Bedarfsanalyse des Beratungsangebots für LSBTTIQ\* in Thüringen“.

Der Landespräventionsrat Niedersachsen hat sich angesichts der Expertise der Stiftung zu Rechtsextremismus im ländlichen Raum für die Förderung der Broschüre "Die letzten von gestern, die ersten von morgen? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen" entschieden, die im August 2017 veröffentlicht wurde. Eine neue Handreichung der Stiftung zum Umgang mit Reichsbürger\_innen wird gerade fertig gestellt, die von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird.

In ihrer Funktion als unabhängiger bundesweiter Träger der politischen Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung bot die Stiftung 2017 über ein Dutzend öffentliche Veranstaltungen an, die kontroverse Themen zur Debatte stellen oder aktuelle Publikationen von gesellschaftspolitischer Relevanz gemeinsam mit den Autor\_innen diskutieren.

### Pädagogische Qualifizierung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Die Kompetenzstärkung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Zusammenhang mit Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) stellt ein Kernelement der Stiftungsarbeit dar. 2017 konnten im Rahmen der von der „ju:an“-Praxisstelle ausgerichteten Workshops und (mit-)gestalteten Fachtagungen sowie auf diversen Arbeits- und Netzwerktreffen von Bildungsverwaltungen, Trägern und Organisationen Sozialer Arbeit überregional ca. 750 Personen erreicht werden. Darüber hinaus brachten drei überregionale/bundesweite Konferenzen Fachkräfte zusammen und vertieften die thematischen Schwerpunkte: rechte Mädchen/Frauen,

Familienberatung im Kontext Rechtsextremismus/GMF sowie Pädagogik der geschlechtlichen Vielfalt in Zeiten von Rechtspopulismus. Eine Entwicklung und Etablierung pädagogischer fachlicher Standards unterstützte die ju:an-Praxisstelle auch durch die konzeptionelle Gestaltung des Fachtags „Under Construction – Für eine Willkommensstruktur in der Sozialen Arbeit“ im Februar 2017 an der Fachhochschule Hannover.

Die pädagogische Bearbeitung menschenverachtenden Verhaltens im Netz sowie die präventive Qualifizierung und Entwicklung pädagogischer Konzepte für Digital Streetwork stehen im Fokus der Projektarbeit von *debate*. Um dem enormen Beratungsbedarf im pädagogischen Kontext zu begegnen, wurde bereits die zweite Generation des „Train the Trainer“-Programms mit weiteren 40 Teilnehmenden aus ganz Deutschland ausgebildet und von der Stiftung mit dafür entwickeltem pädagogischen Lehrmaterial ausgestattet. Mit den Trainer\_innen erreicht die Stiftung überregionale Reichweite und stärkt die Auseinandersetzung mit Hate Speech unter jungen Menschen.

### **Expertise: Digitale Debattenkultur und Umgang mit Rechtspopulismus**

Neben der pädagogischen Arbeit zu digitaler demokratischer Debattenkultur fördert die Stiftung im Rahmen der *Online Civil Courage Initiative* von Facebook weiter den offensiven Umgang mit Hate Speech durch Facebook und die Nutzer\_innen. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Projektduo *debate//de:hate*. Ganzjährig wurden ca. 50 Beratungen zum Thema Hate Speech und Radikalisierungsprävention durchgeführt, Vorträge gehalten sowie Fortbildungen angeboten.

Im Jahr 2017 gab es – neben dem immer aktuellen Komplex „Umgang mit Hassrede im Internet“ - besonders viele Anfragen zu den Themen Umgang mit Rechtspopulismus und Strategien gegen flüchtlingsfeindliche Äußerungen. Diesem Bedarf begegnete die Stiftung mit der Veröffentlichung der zweiten und umfassend überarbeiteten Handreichung zum Umgang mit der AfD „Positionieren, Konfrontieren, Streiten.“ Unter den über 100.000 Downloads von Stiftungspublikationen im Jahr 2017 wurde alleine die Neuauflage der AfD-Broschüre über 30.000 Mal über die Webseite heruntergeladen.

Das Projekt *Civic.net - Aktiv gegen Hass im Netz* entwickelt darüber hinaus seit September 2017 Handlungsstrategien im digitalen Raum für die Berliner Zivilgesellschaft.

### **Themenschwerpunkt: Flüchtlingsfeindliche Gewalt und Rassismus**

Gefördert von der Robert Bosch Stiftung, der ZEIT Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung wurde unter dem Titel *Türen öffnen – Brücken bauen* das kostenfreie Fortbildungsangebot der Stiftung für Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in der Region bekannt gemacht. Im Oktober 2017 fand zum zweiten Mal die Konferenz "connect – Willkommensstruktur trifft Selbstorganisation" als Projekthöhepunkt in der Berliner Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung statt.

Durch die Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle wird das Projekt *Aktion Schutzschild* immer wieder wegen seiner Expertise zum Thema Gewalt gegen Asylsuchende und möglichen

Gegenmaßnahmen angefragt. Außerdem wird die Datenbank regelmäßig von universitären Forschungsteams sowie Medien und Politik angefragt.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene wird vonseiten der Stiftung die Entstehung und Vernetzung von migrantischen Selbstorganisationen besonders im ländlichen Raum gezielt unterstützt. Der Austausch von Verwaltung, Lokalpolitik und Selbstorganisationen soll vorhandenes Wissen und Bedarfe von Migrant\_innen und Geflüchteten lokal an entscheidenden Stellen einbinden. 2017 wurde Aktion Schutzschild vom Stab der Bundesintegrationsbeauftragten angefragt, beratend zur Verbesserung der Sicherheit von Geflüchteten zur Seite zu stehen.

---

## PROJEKTFÖRDERUNG

Mit Hilfe unserer Spender\_innen konnte die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Jahr 91 lokale Initiativen und Einzelpersonen mit insgesamt 153.467,65 Euro fördern. Diese Initiativen und Projekte engagieren sich bundesweit für demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten. Ein wichtiger Förderschwerpunkt 2017 war der Umgang mit menschenfeindlicher Hetze im Internet sowie das gemeinsame Engagement mit Flüchtlingen. Zwei Beispiele:

### **Zivilgesellschaftliches Engagement in Sachsen fördern und stärken**

Die Sächsische Schweiz zeichnet sich ganz besonders durch eine hohe Wahlbeteiligung für AfD und NPD aus. Die Initiative „Deutschland, wir müssen reden“ bereiste aus diesem Grund vom 4.9. bis 17.9. mehrere Orte in Sachsen. Für die Route wurden insbesondere Regionen ausgewählt, in denen viele rassistisch motivierte Gewalttaten verübt wurden und wo der Zuspruch für rechte Parteien hoch ist. Ziel des Projekts „Bus der Begegnung in Sachsen“ ist, der Bevölkerung vor Ort zuzuhören und über gesellschaftliche Themen ins Gespräch zu kommen.

### **Stärkung der Erinnerungskultur bei Jugendlichen**

Das Projekt „History reclaimed – Geschichtspfade zum NSU“ soll Jugendlichen aus sieben Städten ermöglichen, sich mit dem rechten Terror des NSU vor dem Hintergrund der Geschichte der Migration und des Rassismus in ihren Stadtteilen auseinanderzusetzen. Hierfür reisten die Jugendlichen zum NSU-Tribunal im Mai 2017 in Köln, bei dem diese Interviews mit Expert\_innen und Aktivist\_innen führten. Die Ergebnisse der Arbeit werden der Öffentlichkeit in Form einer kostenlosen App vorgestellt, die als digitaler Geschichtspfad genutzt werden kann. Das Projekt wird in Kooperation mit verschiedenen Partner\_innen durchgeführt. Der Verein La Talpa übernimmt dabei die bundesweite Koordination der Gruppen.

## **CURA: Betroffene rechter Gewalt unterstützen**

Die Notwendigkeit von CURA zeigt sich nicht zuletzt an der unverändert hohen Zahl der politisch motivierten Kriminalität-rechts für das Jahr 2016: Mit 23.555 rechtsextremen Straftaten und 1.698 Gewalttaten wurden die Zahlen des Vorjahres (22.960 Straftaten, darunter 1.485 Gewalttaten) sogar noch übertroffen, wodurch gleichzeitig der höchste Stand seit der Reform zur Erfassung der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) im Jahr 2001 verzeichnet wurde. Viele Betroffene rechter Gewalt erleben nach einem Angriff ein Gefühl der Ohnmacht. Der Opferfonds CURA bietet finanzielle Hilfe, damit sie zurück in den Alltag finden. Aber auch Organisationen, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen, sind immer wieder Angriffen und Attacken ausgesetzt. In diesem Jahr wurde der Opferfonds CURA bereits in 22 Fällen mit 18.208,53 Euro aktiv. Hier nur ein Fall:

Im vorpommerschen Schmarsow dringen Unbekannte in den Sitz des Vereins *Land und Leute* ein und hinterlassen einen Ort der Verwüstung. Ein in ein Sofa eingeritztes Hakenkreuz sowie der Umstand, dass wenige Tage vor der Tat israelische Jugendliche in dem Gebäude untergebracht waren, sprechen für ein rechtsextremes bzw. antisemitisches Tatmotiv. Neben dem hohen Sachschaden bleibt nach wie vor ein Gefühl der Unsicherheit. Um dem Verein, der im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern wertvolle zivilgesellschaftliche Arbeit leistet, bei dieser doppelten Belastung beizustehen, unterstützt der Opferfonds CURA die notwendigen Renovierungsarbeiten mit 2.000€, damit der Verein seine Arbeit schnell wieder wie gewohnt aufnehmen kann.

Wenn über menschenverachtende und rassistische Gewalt berichtet wird, stehen häufig die Täter\_innen im Mittelpunkt. CURA sorgt in Kooperation mit lokalen Beratungsstellen dafür, dass es die Betroffenen sind, die mit ihren Bedürfnissen im Fokus stehen.

## **Förderung von Selbstorganisation und Integration**

Zudem gibt es seit Beginn des Jahres 2016 eine Kooperation mit der Bethe-Stiftung und der Stiftung *stern – Hilfe für Menschen e.V.* Ziel dieser Kooperation ist es, die Selbstorganisation von Flüchtlingen zu unterstützen und deren Ankommen zu erleichtern. Aus diesem Anliegen entstand eine Kooperation, durch die die Amadeu Antonio Stiftung seitdem neben der Konferenz „connect“ im Oktober 2017 Euro auch 14 Projekte für und mit Flüchtlingen mit 35.900 Euro gefördert hat.

### **Integration von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund**

In Eberswalde und Prenzlau leben über 1000 Geflüchtete, unter denen sich viele Frauen und Mädchen befinden, die mit oder ohne ihre Familie gekommen sind, viele von ihnen alleinerziehend. Insbesondere für Frauen und Mädchen ist der gesellschaftliche Zugang durch die besondere familiäre Situation, die Sorgearbeit und die traumatischen Kriegserlebnisse erschwert. Aus der bereits vor Ort bestehenden Willkommenskultur soll nun eine Integrations- und Inklusionskultur werden. .

Die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark arbeitet seit langem mit Migrant\_innenorganisationen

zusammen, die eine verbesserte Integration von Zugewanderten zum Ziel haben. In der gemeinsamen Arbeit wurde festgestellt, dass Frauen in den betreffenden Landkreisen zu wenige Möglichkeiten haben, sich in einem geschützten Rahmen zu begegnen und zu vernetzen. Bei dem „Women action space“ handelt es sich um eine Initiative von geflüchteten Frauen, die auf die Bürgerstiftung zugekommen sind. Ein regelmäßiges Begegnungsangebot für Frauen mit und ohne Fluchterfahrung ermutigt und befähigt Frauen und Mädchen so zur Selbstorganisation und Selbsthilfe. Langfristig geht es um die Herstellung sozialer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

### **Empowerment für (syrische) Geflüchtete**

Der Verein Mosaikstein e.V. wurde in 2016 von geflüchteten Syrer\*innen gegründet und hat zum Ziel, Geflüchteten die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen. Die in vielen Orten in Brandenburg isolierten Geflüchteten sollen über Kurse dazu ermächtigt werden, politische und soziale Rechte einzufordern, sowie mit Rassismus und Diskriminierung umzugehen. Dazu geht Mosaikstein e.V. in die Flüchtlingslager vor Ort, geplant ist aber auch der Kontakt zu Geflüchteten in Schulen und bei ihnen Zuhause. Hierbei unterstützen die Amadeu Antonio Stiftung und die Bethe-Stiftung die Finanzierung von Lernmaterialien, Transport, Übersetzung und die Versorgung mit Lebensmitteln.

---

## **OPERATIVE PROJEKTE**

### **Belltower.News**

„Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft“ ist das größte deutschsprachige journalistische Internetportal, das kontinuierlich und ausführlich über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Deutschland und auf der Welt berichtet. Begonnen hat Belltower.News im Jahr 2009 unter dem Namen „Netz gegen Nazis“ und in Kooperation mit der ZEIT. Die Intention: Auf die Gefahr hinweisen, die Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus für unsere demokratische Gesellschaft bedeuten – denn damals war dies in den Medien und in der Öffentlichkeit kein großes Thema und beschäftigte lediglich konkret von Gewalt und Bedrohung betroffene Menschen. Dass hinter Gewalttaten und Demonstrationen aber das ideologisch geprägte und strategisch umgesetzte Anliegen stand und steht, Abwertungen wie Rassismus und Antisemitismus, aber auch Politiker\_innenschelte und Demokratiefeindlichkeit in der Gesellschaft zu verbreiten, wissen wir heute umso besser. Rechtspopulisten versuchen mit vielfältigen Strategien off- und online, rechtsextreme, rassistische, völkische, modernitätsfeindliche Ideen als vermeintlich attraktiven Gegenentwurf zu einer komplexen demokratischen Gesellschaft zu etablieren. Nun ist es umso wichtiger, über deren Angriffe auf Freiheitsrechte und Demokratie zu berichten, und auch über die Folgen dieser Strategie der Norm- und Werteverchiebung für das politische Klima in Deutschland.

Dem Klimawandel in der Gesellschaft und Strategiewandel im Bereich Rechtsextremismus und Rechtspopulismus trägt die Redaktion der Website im Frühjahr 2017 Rechnung: Der

Begriff des „Nazis“ taugt nicht mehr, um allein Gefährdungen der Demokratie zu beschreiben. Islamfeind\_innen, Antisemit\_innen, Sexist\_innen oder Rassist\_innen, die die Vielfalt und Demokratie in Deutschland angreifen, gibt es heute in zahlreichen unterschiedlichen, aber nicht weniger gefährlichen Ausführungen. Um alle demokratiegefährdenden Phänomene und Akteure weiter journalistisch beschreiben zu können, bekam „Netz gegen Nazis“ im März 2017 einen neuen Namen: „Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft“. Er spiegelt wider, dass die Redaktion seit 2009 daran arbeitet, das Internet und vor allem Soziale Netzwerke als öffentlichen Raum zu begreifen, den wir demokratisch gestalten können und sollten. Entsprechend finden hier Überlegungen zum Umgang mit Hassrede, aber auch zur demokratischen Debattenkultur ihren Platz.

### **debate – für digitale demokratische Kultur**

Das Projekt „debate“ setzt das eigens entwickelte Konzept der „Digital Streetwork“ um. Soziale Netzwerke stellen für Jugendliche eine immer wichtigere Lebenswelt dar, in der Identitätsbildung und Sozialisation erfolgen und somit auch pädagogisch gewirkt werden kann. Bestehende Methoden und Ansätze der „Offline-Jugendarbeit“ werden dabei in die Online-Jugendsozialarbeit integriert und übertragen. Das Projekt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz mit dem Ziel einer Radikalisierungsprävention. Neben der sekundären Prävention von rechtsaffinen Jugendlichen soll auch die primäre Prävention mithilfe von Empowerment von jungen, menschenrechtsorientierten Jugendlichen in den Blick genommen werden. Ein professionell konzipierter pädagogischer Arbeitsansatz vermittelt auch an Fachpersonal Handlungssicherheit im Umgang mit verschiedenen Methoden von Counter Speech, um Hassrede im Netz erfolgreich zu begegnen.

Im Jahr 2017 ging es darum, im Rahmen der primären Prävention über das Train-the-Trainer Programm die aktive Multiplikator\_innen-Jugendarbeit mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen fortzuführen. Ihnen werden in Workshops Werkzeuge und Handlungsstrategien vermittelt, die sie befähigen, sich vor Ort reflektiert und selbstschützend mit dem Thema Hate Speech auseinanderzusetzen. Ganzjährig wurden Beratungen zum Thema Hate Speech und Radikalisierungsprävention durchgeführt, Vorträge abgehalten sowie Fort – und Weiterbildungen angeboten.

### **de:hate – Monitoring und Analyse digitaler Phänomene**

Die Debatte um rechtspopulistische und -extreme Themen, Strategien und Weltbilder findet mittlerweile hauptsächlich im Internet statt. Das Wissen über den aktuellen Stand im Netz ist deshalb elementar, um diesem wirkungsvoll entgegenzuwirken. Gefördert von der Freudenberg Stiftung betreibt de:hate dazu ein qualitatives und quantitatives Monitoring, um menschenverachtende Phänomene im digitalen Raum frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. Diese Ergebnisse wurden zum zweiten Mal in einem jährlichen Monitoringbericht zusammengefasst. Der diesjährige Bericht „Toxische Narrative“

fokussierte sich dabei auf die Verbreitung aktuell wirksamer Narrative. Damit versucht er, die Strukturen hinter den viel diskutierten Phänomenen Fake-News, Social-Bots und Hate Speech aufzuzeigen und somit mehr als eine reine Symptombekämpfung zu leisten. Der Monitoringbericht gehört zu den am häufigsten bestellten Publikationen und wurde bereits über 12.000 Mal heruntergeladen.

Der 2017 veröffentlichten Handreichung „Meme: Die Kunst des Remix“ gelingt es, auch, denjenigen die Bildsprache der politischen Netzkultur verständlich zu machen, die nicht sogenannte „Digital Natives“ sind.

Schließlich hat das Projekt im Kontext des Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) die Debatte inhaltlich begleitet, die kritische Position der Amadeu Antonio Stiftung zu dem geplanten Gesetz mitformuliert und die Teilnahme der Amadeu Antonio Stiftung an der „Deklaration für Meinungsfreiheit“ initiiert.

## **Wild Wild Web**

Gefördert vom Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie arbeitet das neue Projekt „Wild Wild Web“ seit dem 1. Oktober 2017 daran, die zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen im Land mit Kompetenzen für den digitalen Raum auszustatten und sie zu befähigen, selbständig Konzepte und Strategien im und mit dem Web 2.0 zu entwickeln sowie diese umzusetzen.

Akteur\_innen sollen in ihren zivilgesellschaftlichen Netzaktivitäten gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Antifeminismus, Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen, sowie Homo- und Transfeindlichkeit und weitere Diskriminierungsformen bestärkt und zur Entwicklung eigener Gegenstrategien ermutigt werden (Counter Speech).

Die Weiterbildungsangebote richten sich an Institutionen der politischen Bildung, Vereine, Initiativen, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, etc. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie mit den unterschiedlichsten Zielgruppen arbeiten, die mit Hate Speech im Internet konfrontiert sind. Angesprochen werden außerdem Multiplikator\_innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, da diese mit ihren Strukturprinzipien der Freiwilligkeit, Offenheit, Lebensweltorientierung und Partizipation einen wichtigen Ort des non-formalen Lernens bieten. Einrichtungen der Jugendarbeit sind Orte, an denen sich Jugendliche oft in sozialen Medien bewegen. Hier gibt es gute Anknüpfungspunkte für gemeinsames Lernen im digitalen Raum.

## **Civic.Net – Aktiv gegen Hass im Netz**

Während zivilgesellschaftliche Akteure in der Offline-Welt konsequent gegen rechtsextreme und rassistische Verhaltensweisen vorgehen, geschieht dies bei Twitter, in Kommentarspalten von Onlinemagazinen oder auf der eigenen Facebook Timeline nur punktuell. Gefördert vom Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus



und Antisemitismus entwickelt das neue Projekt „Civic.Net - Aktiv gegen Hass im Netz“ dazu seit September 2017 Handlungsstrategien für die Berliner Zivilgesellschaft. In verschiedenen modularisierten Workshopeinheiten werden die Verbände und Institutionen unter anderem in den Bereichen „Funktionsweisen aktuell populärer digitaler Räume“, „Hate Speech Management“ und „alternative Medien-Ökosysteme“ weitergebildet.

Vor allem die Akteure des Berliner Landesprogrammes wurden hier als Zielgruppe identifiziert. Die Diversität der Berliner Zivilgesellschaft ermöglicht jedoch die Arbeit mit zahlreichen weiteren Zielgruppen, u. a. mit Migrant\_innen-Selbstorganisationen, Akteure\_innen aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften oder den Arbeitnehmer\_innenverbänden.

### **Hate Speech entgegnetreten - Demokratische Diskussionskultur im professionellen Kontext stärken**

Rassistische Kommentare auf Facebook, Hetze auf Twitter oder ein Shitstorm von organisierten Rechtsextremen: In den sozialen Medien greift der Hass um sich. Jeden Tag geraten Institutionen und Firmen ohne Grund ins Fadenkreuz von Internet-Trollen. Kommunikationsbeauftragte beschäftigen sich mit dem Thema aber oft erst, wenn sie schon von der Hass-Lawine überrollt werden. Hier setzt seit dem 1. September 2017 das neue Kooperationsprojekt an, welches in Trägerschaft der Forschungsgruppe Modellprojekte e. V. (FGM) und in Partnerschaft mit dem Bundesverband Deutscher Pressesprecher (BdP) und der Amadeu Antonio Stiftung arbeitet. Das Projekt „Hate Speech entgegnetreten – Demokratische Diskussionskultur im professionellen Kontext stärken“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Bundesweit sollen bis Ende 2018 in ca. 10 speziellen Workshops für Kommunikationsverantwortliche Informationen über Recht, Kommunikation und Wissen bezüglich Hate-Speech vermittelt werden. Die einzelnen Workshops, die zusammen mit der Amadeu Antonio Stiftung, der Forschungsgruppe Modellprojekte und den Landesverbänden des Bundesverbands deutscher Pressesprecher (BdP) durchgeführt werden, sind sowohl für BdP-Mitglieder, als auch für weitere Interessierte offen. Sie gehen dabei explizit auf regionale und branchenspezifische Besonderheiten ein. Expert\_innen werden zusammen mit Kommunikationsverantwortlichen in Pressestellen und Social-Media-Redaktionen Handlungsansätze entwickeln, um mit Hate Speech, Shitstorms und innerinstitutionellen Dynamiken professionell und wirkungsvoll umzugehen und Haltung gegen Hass zu zeigen.

### **GMF unter besonderer Berücksichtigung von Gender**

Die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus ist innerhalb der Stiftung für die Umsetzung des Programms „Prävention von Rechtsextremismus und GMF aus Perspektive von Geschlecht“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verantwortlich. Von



2015 bis 2019 wird das Projekt zur Strukturentwicklung als bundeszentraler Träger für den Themenbereich „Rechtsextremismus/ GMF und Gender“ gefördert. Ziel ist es bundesweit in Arbeitsfelder der Demokratie- und Präventionsarbeit eine Genderperspektive einzubringen. Die Förderung soll dazu dienen, sich bundesweit als Kompetenzzentrum zu etablieren. Eine Genderperspektive ist für die Analyse aktueller rechtspopulistischer Bewegungen unabdingbar. „Geschlecht“ stellt in Mobilisierung, Appellen und Programmatiken einen „Kitt“ zwischen Akteuren der Neuen Rechten dar. Daneben gilt es, geschlechtsbezogene Faktoren in ablehnenden Haltungen und Hinwendungsprozessen in rechtspopulistischen Gruppierungen oder rechtsextremen Szenen zu beachten und der immer noch verbreiteten Nicht- und Fehlwahrnehmung rechtsextremer Frauen zu begegnen.

Das Thema Geschlecht wird aktuell in rechtspopulistischen Bewegungen sowie in der Neuen Rechten prominent angesprochen. Dazu zählt insbesondere die rassistische Instrumentalisierung geschlechterpolitischer und feministischer Anliegen. Diese aktuellen Entwicklungen werden im Strukturentwicklungsprojekt über eigens initiierte und begleitete Fachdebatten und -veranstaltungen zusammen mit Praktiker\_innen, Wissenschaft, zivilgesellschaftlich und politisch Verantwortlichen auf Bundes- und europäischer Ebene aufgegriffen und Gegenmaßnahmen entwickelt.

Darüber hinaus erhalten wir auch zu den im Jahr 2017 ergänzten Teilbereichen „Rechtspopulismus“ und „Völkische Siedler\_innen“ sehr viele Beratungsanfragen, z.B. durch zivilgesellschaftliche Träger, Schulen und aus der Jugendarbeit sowie durch im Bundestag vertretene Parteien bzw. gehen auf diese aktiv zu. Ein geschlechterreflektierender Ansatz bei der Analyse der völkischen Szene ist notwendig, weil die Geschlechterrollen hier stark ideologisch aufgeladen sind. Frauen nehmen innerhalb der rechten Szene wichtige Positionen ein. Da sie in erster Linie als sorgende, traditionsverbundene Mütter wahrgenommen werden, wird ihre rechtsextreme Einstellung oft übersehen. Die starren Geschlechterbilder und strengen Hierarchien wirken auch auf die Erziehung der Kinder ein und beschneiden ihre Möglichkeiten der freien Persönlichkeitsentfaltung massiv. Daher ist es notwendig, im Umfeld der Kinder eine Sensibilität für ihre besonderen Bedarfe zu entwickeln und im ländlichen Raum ein Bewusstsein für den völkischen Rechtsextremismus zu schaffen.

Mit der Studie und Veröffentlichung „Peggy war da - Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen“ und durch die Initiierung von Fachdebatten durch den Arbeitskreis „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“ oder der AG „GMF in der Praxis“ sowie durch Netzwerkarbeit und darauf aufbauende Fortbildungen ist es gelungen, Gender als Analyseinstrument zur Demokratiefreundlichkeit und daraus abgeleitete geschlechterreflektierende Präventionsansätze zu platzieren, auch über Fachkreise hinaus.

## **Lola für Lulu**

Das Projekt „Lola für Lulu“ widmet sich seit 2008 der Förderung demokratischer Kultur aus einer geschlechterreflektierenden Perspektive. Seit 2015 arbeitet der Partnerverein „Lola für

Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ landesweit zu entsprechenden Themen, entwickelt innovative Projekte und setzt diese mit Partner\_innen vor Ort um. Das Projekt bzw. die Arbeit des Vereins werden von der Dreilinden gGmbH gefördert. Seit 2015 arbeitet der Verein schwerpunktmäßig zur Auseinandersetzung mit Homo- und Trans\*feindlichkeit. Das Modellprojekt „*un\_sichtbar - Lesben, Schwule und Trans\* in Mecklenburg-Vorpommern - Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten*“ wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Wanderausstellung „Wir\* hier! Lesbisch, schwul und trans\* zwischen Hiddensee und Ludwigslust“ wird 2018 eröffnet. Ein Teil der Recherchen wurde in einem partizipativen Prozess von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus MV erarbeitet. Begleitet und angeleitet wurden sie dabei von Historiker\_innen. Die Ausstellung lädt dazu ein, sich mit dem Lebensalltag, der Diskriminierung und Verfolgung von LSBT\*, mit ihren Überlebensstrategien, Kämpfen und ihrem Alltag in der Region des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu beschäftigen: von der Zeit des Kaiserreichs bis in die Gegenwart. Aus den mehr als 250 Recherchen stehen nun einzelne Porträts

- also greifbare Individuen - im Zentrum der Ausstellung. Sie kommen in der Ausstellung selbst zu Wort: in Interviews und Audiobeiträgen, durch die Reproduktion von Schriftstücken, Gemälden und Flyern.

Die 2016 im Projekt erarbeitete Expertise reagiert auf die Leerstelle in Forschung und Alltagswissen zu Homo- und Trans\*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern. Ziel für 2017 war die Vermittlung der Ergebnisse und Empfehlungen aus der Expertise – insbesondere an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, da ein Schwerpunkt der Expertise der Bereich Schule ist. Mit den Ergebnissen und Empfehlungen der Expertise hat Lola für Demokratie in 2017 fünf Fachveranstaltungen im Bundesland durchgeführt. Die quantitativen und qualitativen Forschungsergebnisse der Expertise flossen u.a. in die Evaluation für den Aufbau einer Antidiskriminierungsberatungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern ein.

## **Aktionswochen gegen Antisemitismus**

Seit 2003 veranstaltet die Amadeu Antonio Stiftung die *Aktions- und Bildungswochen gegen Antisemitismus*. Seit dem Jahr 2016 führen wir die Aktionswochen gemeinsam mit dem Anne Frank Zentrum durch. Die Aktionswochen sind die bundesweit größte Kampagne gegen Antisemitismus. Sie finden in ganz Deutschland statt und zeichnen sich durch eine starke lokale Verankerung aus, auch außerhalb der größeren Städte. Durch die Einbettung in eine bundesweite Kampagne und die Förderung und Unterstützung seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schaffen wir vor Ort Sensibilität für Antisemitismus und Foren für Diskussionen über Antisemitismus, und dies oftmals auch an Orten, an denen es diese Möglichkeit bisher nicht gab. Die Aktionswochen

2017 liefen unter dem Titel #AntisemitismusHeute. Über 100 Veranstaltungen lenkten den Blickwinkel auf Antisemitismus auf die jüdische Perspektive lenken. Thematische Schwerpunkte der Aktionswochen 2017 waren Antisemitismus mit Bezug zu Israel, Antisemitismus in der Systemkritik und dem Elitenbashing, in muslimischen Milieus, aber auch im Rap und im Kulturbetrieb. Begleitet wurde die Vielzahl von Veranstaltungen von regionalen Netzwerktreffen, die Engagierte und Betroffene zusammenbrachte, um sich über lokale Herausforderungen und Möglichkeiten auszutauschen.

## **NEBA - Netzwerk zur Erforschung und Bekämpfung des Antisemitismus**

Das Netzwerk zur Erforschung und Bekämpfung des Antisemitismus (NEBA) formierte sich 2015 nach der Berufung der Expertenkommission Antisemitismus des Bundestages, um der jüdischen Perspektive Gehör zu verleihen - da dieses Gremium durch den Bundestag ohne Mitglieder aus der jüdischen Community gegründet wurde. Am 14.12.2017 veranstaltete NEBA die zweite große Konferenz zum Thema Antisemitismus nach der ersten erfolgreichen Konferenz im Jahr 2015. Auf der Konferenz wurden Schwerpunkte wie Antisemitismus in den Medien, im akademischen Bereich, der Kunst- und Kulturlandschaft sowie in der Einwanderungsgesellschaft aus jüdischer Perspektive in den Fokus gerückt und unter den 150 Teilnehmenden aus unterschiedlichsten Fachbereichen diskutiert.

## **Ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit**

Antisemitismus erkennen, die Funktionen verstehen und sie zielgruppengerecht bearbeiten, um eine diskriminierungsarme und diversitätssensible Jugendarbeit umzusetzen – dies sind Grundlagen und Ziele der >>ju:an<<-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit. Zu diesem Zweck wurden Fachkräfte zu antisemitismus- und rassismuskritischer Jugendarbeit beraten, gecoacht und in ihren Handlungskompetenzen gestärkt sowie bundesweit diverse und auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtete Fachveranstaltungen und Fortbildungen durchgeführt. Zugleich wurden fortlaufend Multiplikator\_innen und Mitarbeiter\_innen der Jugendhilfe aus Praxis und Verwaltung für die Aktualität von Antisemitismus sensibilisiert.

Seit Beginn der Projektlaufzeit ist es der Praxisstelle gelungen, sich bundesweit als wichtige Akteurin im Bereich der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit zu etablieren sowie ihre Inhalte und Ziele kontinuierlich zu verstetigen. In diesem Jahr konnten bislang im Rahmen der von der >>ju:an<<-Praxisstelle ausgerichteten Workshops und (mit-)gestalteten Fachtagungen sowie auf diversen Arbeits- und Netzwerktreffen von Bildungsverwaltungen, Trägern und Organisationen Sozialer Arbeit überregional ca. 750 Personen erreicht werden. Zudem wurde die Implementierung von Antisemitismus und Rassismus als Querschnittsthema der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiter verfolgt und - vorangetrieben. Symbolisch dafür steht der bei der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie eingereichte Vorschlag zur Neuauflage des „Qualitätshandbuch der

Berliner Jugendfreizeitstätten“, um so allgemeinverbindliche Standards einer menschenrechtsorientierten Jugend(sozial)arbeit zu setzen. Auch erarbeitete >>ju:an<< innovative Handlungsstrategien unter dem Empowerment-Ansatz: Über das gesamte Jahr gab es regelmäßige Netzwerktreffen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von Antisemitismus und/oder Rassismus betroffen sind. In den Treffen wurden ihre Erfahrungen von Alltagsdiskriminierung besprochen und sie in der Entwicklung von Strategien im Umgang damit gestärkt und unterstützt. Der enorme Bedarf an unseren Angeboten zeigte sich daran, dass die Teilnehmer\_innenzahl schnell überschritten wurde.

## No World Order – Handeln gegen Verschwörungsideologien

„Fake News“ und „Faktenchecks“ waren ein Beiklang der Bundestagswahl 2017. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass bei aller rassistischen und kulturalistisch-identitären Hetze Weltverschwörungsideologien als ordnende Struktur die gesellschaftlichen Diskurse beeinflussen. Sie verknüpfen die im Populismus propagierten Feindbilder der horizontalen (Kultur/Volk/Rasse vs. Kultur/Volk/Rasse) und der vertikalen Ebene (Volk vs. Elite) in einer Weltverschwörungserzählung miteinander.

Das Projekt *No World Order. Handeln gegen Verschwörungsideologien* zielt darauf ab, die Zivilgesellschaft über die Gefahren von Verschwörungsideologien aufzuklären und Handlungsoptionen vorzustellen. Darüber hinaus stellt es der interessierten Öffentlichkeit Expertise zum Verhältnis von Verschwörungsideologien und Antisemitismus zur Verfügung. Das Projekt richtet sich an Multiplikator\_innen in Politik sowie im Bereich schulischer und außerschulischer Bildung, Mitarbeitende von Beratungsstellen und Fachpersonen im sich formierenden Forschungsfeld *Conspiracy Theory Studies*.

### Reichsideologie

Das Projekt *gegen Reichsideologie* ist an *No World Order* angeschlossen und beschäftigt sich mit Reichsbürger\_innen, Selbstverwalter\_innen und Souveränist\_innen als Kolporteure einer spezifischen Verschwörungsideologie. Ziel des Projekts ist es, die Zivilgesellschaft für dieses Phänomen und sein Gefahrenpotential zu informieren und entsprechende Handlungsoptionen aufzuzeigen. Dazu wurde die 2014 erschienene Broschüre zum Thema 2017 vollständig überarbeitet, so dass sie im 1. Quartal 2018 in erweiterter Version neu aufgelegt werden kann.

## Vom Willkommen zum Ankommen

Am 1. Oktober 2016 startete das Projekt "Vom Willkommen zur Integration – Trainings und Vernetzung für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit im ländlichen ostdeutschen Raum", das mit einer Förderung der Robert Bosch Stiftung, der ZEIT Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung bis zum 31. März 2018 läuft. Die Amadeu Antonio Stiftung baut damit auf das Vorgängerprojekt "Willkommenskultur gestalten – Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen" auf, in dem Fortbildungen für die Arbeit mit Geflüchteten entwickelt wurden.

Das Projekt steht dabei auf zwei Säulen. Einerseits findet die Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit für Themen wie Rassismus, Argumentation gegen flüchtlingsfeindliche Hetze und Umgang mit Bedrohung von Rechts statt. Andererseits wird die Vernetzung von Zivilgesellschaft, Willkommensinitiativen, migrantischer Selbstorganisation, Politik und Verwaltung im ländlichen ostdeutschen Raum vorangetrieben. In den Modellregionen Torgelow und Forst wollen wir die lokalen Netzwerke um die Stimmen von Geflüchteten verstärken. Ziel ist es hier, migrantische Selbstorganisationen sichtbar zu machen und aktiv in die Kommunen einzubinden.

2017 wurden über 15 Fortbildungen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg durchgeführt. Außerdem wurde im September gemeinsam mit lokalen Akteuren in Forst und in Torgelow jeweils eine Geflüchtetenkonferenz veranstaltet. Dabei waren alle geflüchteten Bewohner\_innen der jeweiligen Städte eingeladen, um mit uns und geladenen Initiativen ins Gespräch zu kommen. Ziel war es, die Bedarfe der Geflüchteten zu evaluieren, ihnen Möglichkeiten des Engagements aufzuzeigen und ihre eigenen Ideen für ehrenamtliche Mitarbeit kennenzulernen.

Außerdem fand im Juli gemeinsam mit der Flüchtlingsselforganisation "Jugendliche ohne Grenzen" ein Empowermentseminar für junge Geflüchtete in Cottbus statt. Eine weitere positive Folge der Konferenz ist, dass sich in Cottbus eine Gruppe von mehr als 20 Geflüchteten zusammengefunden hat, die nun als Geflüchteten-Netz Cottbus gemeinsam aktiv ist. Das Projekt "Vom Willkommen zur Integration" unterstützt die Aktivitäten weiterhin beratend. Darüber fand am 7. Oktober 2017 zum zweiten Mal nach 2016 die Konferenz "connect – Willkommensstruktur trifft Selbstorganisation" als Projekthöhepunkt in der Berliner Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung statt. Die Konferenz hatte zum Ziel, gemeinsam mit deutschen und geflüchteten Engagierten über die aktuellen Fragen der Willkommenskultur und eine nachhaltige Öffnung der deutschen Zivilgesellschaft für die Mitarbeit von Geflüchteten zu diskutieren.

## **Aktion Schutzschild**

Das Projekt sieht seine Aufgabe darin, in strukturschwachen Räumen die Rechte und Kapazitäten von Flüchtlingen zum Ziel ihrer Sicherheit und ihrer langfristigen gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken (Empowerment) und die Öffnung der Mehrheitsgesellschaft aktiv zu befördern (Powersharing).

**Empowerment:** Dieser Arbeitsbereich stärkt die Interessenvertretung von Geflüchteten und Migrant\*innen durch Selbstorganisationsprozesse in Kommunen. Eigene Organisationsstrukturen werden gestärkt und innere Bildungsprozesse gefördert. Außerdem werden die marginalisierten Perspektiven in den (lokalen) öffentlichen Raum transferiert (z.B. durch politische und kulturelle Veranstaltungen) und Bedarfe an die kommunalen Institutionen vermittelt werden.

**Powersharing:** Der Arbeitsbereich Powersharing widmet sich den Bedarfen der Träger sozialer Arbeit und kommunaler Strukturen und der Suche nach Lösungen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Migrant\_innenselbstorganisationen (MSO) und deren Expertise. Hier wird mit den kommunalen Integrationsstrukturen zusammengearbeitet, deren Herausforderungen, Probleme und Wünsche erhoben und lokale Bedarfsanalysen erstellt. Die Fragen und Herausforderungen der praktischen Umsetzung des Powersharing stehen hier im Mittelpunkt.

Aktion Schutzschild übernimmt dabei eine Knotenfunktion: Während einerseits die Selbstorganisation und damit auch die Möglichkeiten zur eigenen Interessensvertretung von Geflüchteten und Migrant\_innen gestärkt werden, soll andererseits ein Abbau von strukturellem Rassismus stattfinden. Institutionen und Kommunen sollen letztendlich gemeinsam mit den migrantischen Selbstorganisationen und deren Expertise Lösungen für Probleme erarbeiten, über deren Existenz sich alle einig sind.

### **Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle:**

Bei der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, die die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit Pro Asyl führt, handelt es sich um die einzige unabhängige, zivilgesellschaftliche Datenbank, die bundesweit rechte und rassistisch motivierte Übergriffe auf Asylsuchende dokumentiert. So erfüllt die Chronik wichtige Funktionen:

- Dokumentation und Analyse rechter Gewalt in Deutschland
- ein Korrektiv zu den offiziellen Statistiken der Behörden (BKA und LKAs)
- Grundlage für journalistische Recherche und akademische Forschung

## **Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft**

Das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“ ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Das Institut wird gefördert durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und hat im August 2016 in Jena die Arbeit aufgenommen. Aufgaben des Institutes sind der Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sowie die gemeinsame Entwicklung, Realisierung und Dissemination von Forschungsprojekten zur Förderung der demokratischen Kultur. Die Arbeit des IDZ ist grundsätzlich langfristig angelegt. Im Jahr 2017 wurden folgende Ziele umgesetzt:

- Abschluss der logistischen und organisatorischen Gründungsphase
- Erarbeitung der Forschungskonzepte
- Transparente Darlegung der Forschungskonzepte sowie erster empirischer Befunde in Form von Publikationen
- Umsetzung der Forschungskonzepte (z.B. Aufbau der Protestdatenbank ZiB, Betroffenenumfrage)

- Etablierung der Zusammenarbeit mit Fachbeirat, Kuratorium, Kooperationspartner\_innen
- Aktive Öffentlichkeitsarbeit

Die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ wurde einem breiten Publikum vorgestellt. Die Open-Access-Schriftenreihe erscheint im Eigenverlag der Amadeu Antonio Stiftung und kann online abgerufen werden. 1.000 Exemplare wurden kostenlos zur Verfügung gestellt, u.a. an Bibliotheken, Forschende und politische sowie zivilgesellschaftliche Akteure. Über öffentliche sowie wissenschaftliche Suchmaschinen sind die Beiträge sehr gut zu finden.

Im Rahmen des zweiten Bands der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ führt das IDZ eine Betroffenenumfrage durch, um Diskriminierungskontexte sowie individuelle, institutionelle und strukturelle Diskriminierungserfahrungen, aber auch Gewalterfahrungen im Sinne von Vorurteils kriminalität (Hate crime) in Thüringen sichtbar zu machen. In die Datenbank „Zivilgesellschaft in Bewegung“ werden seit dem 1. Januar 2017 Protestereignisse aus Thüringen eingegeben. Mehrere Sammelbandbeiträge wurden von den Mitarbeitenden des IDZ publiziert.

Neue Kooperationsvereinbarungen mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien sowie mit der Thüringer Landespolizeidirektion wurden geschlossen.

### **Forschungsaufträge**

Gutachten „Neuer Herausforderungen für die demokratische Kultur im ländlichen Raum Ostdeutschlands“, finanziert über die Beauftragte des Bundes für die ostdeutschen Länder (Laufzeit Februar 2017 bis März 2018)

„Bedarfsanalyse des Beratungsangebots für LSBTTIQ\* in Thüringen“, finanziert durch die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld.

---

## **AUSZEICHNUNGEN**

### **Sächsischer Förderpreis für Demokratie**

Der Sächsische Förderpreis für Demokratie wurde 2017 zum 11. Mal verliehen. Bereits seit 2007 zeichnet er innovative Projektbeispiele aus der Zivilgesellschaft aus; seit 2014 wird in einer eigenen Kategorie auch offenes, demokratisches Engagement von Kommunen gewürdigt. Die Bundestagswahlen im September 2017, bei denen die AfD stärkste Kraft in Sachsen wurde, haben gezeigt, wie wichtig es ist, demokratisches Engagement in der Region zum einen weiterhin zu fördern und zum anderen größtmögliche Öffentlichkeit dafür zu schaffen. Sachsen ist mehr als Pegida und Sachsen braucht Unterstützung von außen, um dem starken Einfluss rechtspopulistischer Bewegungen entgegenzutreten zu können – dafür steht der Sächsische Förderpreis für Demokratie.



Rund um das 10. Jubiläum gelang es, wichtige neue Partner\_innen, vor allem aus Sachsen selbst zu gewinnen. Stieg 2016 die Cellex Stiftung mit Sitz in Dresden tatkräftig in den Preis mit ein, so trat 2017 die neu gegründete Dirk Oelbermann Stiftung, die sich im ländlichen Raum südlich von Leipzig engagiert, dem Kreis der Ausrichtenden bei. Beide fördern den Preis mit je 5.000 Euro. Die Staatsoperette Dresden lud uns 2017 ein, die Preisverleihung mit rund 250 Gästen in ihren Räumlichkeiten im Kraftwerk Mitte durchzuführen. Schirmherr war der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Martin Dulig.

Der mit 5.000 Euro dotierte Hauptpreis ging an die RAA Hoyerswerda Ostsachsen e.V. & RAA Sachsen e.V. Als kompetente Unterstützungsagenturen bauen sie seit Anfang der 1990er Jahre auf allen Ebenen mit Schulen, Verwaltungen, freien Trägern und Betroffenen systematisch demokratische Beteiligungsprozesse auf. Wie eine solche Zusammenarbeit kommunal gestaltet werden kann, zeigt die Stadt Meerane mit ihrem Helferkreis, Träger des Kommunenpreises 2017. Je einer der 1000 Euro dotierten Anerkennungspreise ging an:

- Gerede – homo, bi und trans e.V. und RosaLinde Leipzig e.V. mit dem Projekt „Que(e)r durch Sachsen: Mobile Beratung im ländlichen Raum“
- Geschichtswerkstatt Freiberg / Regionales Bildungszentrum Eckert gGmbH mit dem Projekt „Zeit-Zeugen-Begegnungen“
- Grass Lifter – ASA-FF e.V., Chemnitz/Zwickau, mit dem Theatertreffen „Unentdeckte Nachbarn“
- Menschlichkeit als Tradition e.V., Stollberg im Erzgebirge

Der Sächsische Förderpreis für Demokratie wird ausgelobt durch die Amadeu Antonio Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Sebastian Cobler Stiftung, die Cellex Stiftung, die Dirk-Oelberman-Stiftung. Weitere Partner sind die (nicht fördernde) Stiftung Elemente der Begeisterung, der stern, der mdr, diverse Künstler\_innen sowie mehrere Sächsische Staatsminister\_innen.

## **Amadeu Antonio Preis**

Der Amadeu Antonio Preis wird alle zwei Jahre von der Stadt Eberswalde und der Amadeu Antonio Stiftung vergeben. Er wird von der Galeristin und Jugendkulturberaterin Ida Schildhauer mit einer Förderung und vom rbb als Medienpartner unterstützt.

2017 zeichnete der Preis zum zweiten Mal Kunstschaffende und Projekte aus, die sich mit künstlerischen Mitteln gezielt mit den Themen Rassismus, Menschenrechten und Vielfalt künstlerisch auseinandersetzen. Ausgelobt im Gedenken an Amadeu Antonio, dessen gewaltsamer Tod in Eberswalde sich 2015 zum 25. Mal jährte, erinnert der Preis an die bis heute mindestens 192 Opfer rassistischer Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung und ehrt diejenigen, die sich heute gegen Rassismus und Diskriminierung stark machen.

Die Jury bildeten 2017 neben Vertreter\_innen der Auslobenden (Friedhelm Boginski, Bürgermeister der Stadt Eberswalde, und Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung) namhafte Künstlerinnen und Künstler (Marianne Rosenberg, Van Bo Le-Mentzel, Güner Balci, Pham Thi Hoai, Fabian Bechtle u.a.), Vertreter wichtiger Organisationen

(Augusto Jone Munjunga, Vorsitzender des Afrikanischen Kulturvereins Palanca in Eberswalde, und Moctar Kamara, Vorsitzender des Zentralrats der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland) sowie des Medienpartners rbb.

Die Preisverleihung 2017 fand am 28. November im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in Eberswalde statt. Aus 60 Bewerbungen ging der mit 3000 Euro dotierte Hauptpreis an Lückenlos e.V. für das Projekt „Tribunal NSU Komplex auflösen“. Zwei weitere mit je 1000 Euro dotierte Preise wurden Evelyn Rack und Billie Mind für das Ausstellungsprojekt „Add your Heroine!“ und Raman Zaya für „Träumen auf deutsch, ohne Untertitel“ verliehen.